MIGRATION

Die Welt hinter Gittern

Die Asylbewerber schienen fast vergessen, versteckt in Lagern und Heimen, im vorigen Jahr stieg ihre Zahl wieder – die Asyldebatte kommt zurück. Im Lager Nostorf-Horst leben 450 Ausländer, kaum einer von ihnen wird anerkannt werden. *Von Dialika Krahe*

Siebenmal am Tag hält ein Bus der Linie 515 an der Haltestelle Horst/B5 und entlässt zwischen Wald und Feldern die Neuen in das Land ihrer Hoffnung. Der Bus ist weiß-grün gelackt, Frauen aus Somalia steigen aus, Männer aus Mazedonien, Kinder aus Serbien, Greise, manche mit nichts als einem Kamm in ihrer Hosentasche.

Hinter ihnen liegen lange Reisen, zu Fuß, in Laderäumen von Lastwagen, in Schlauchbooten, Zügen und Flugzeugen. Hinter ihnen liegen Kriege, Bomben und Verfolgung, oft war da auch nur der Wunsch, dem Hunger zu entkommen. Ali Reza Samadi aus Afghanistan ist an dieser Haltestelle ausgestiegen, nach zwei Jahren auf der Flucht; Dschamschid aus Iran stand hier und blickte auf das Lager; Prince aus Ghana wunderte sich, in was für einem Deutschland er gelandet war.

Wo es Überfluss gibt, an Wohlstand, Sicherheit und Menschenrechten, muss es leicht sein, einen Platz zu finden, so glaubten sie. Stattdessen landeten sie in einem Flüchtlingslager an der Bundesstraße 5, in Mecklenburg-Vorpommern. Sie landeten in der Obhut von Wolf-Christoph Trzeba, einem Mann, der – so kommt es ihnen vor – zwischen ihnen und dem Paradies einen Zaun gezogen hat.

Trzeba, 50, sitzt in einem hart beleuchteten Raum des Bundesamts für Flüchtlinge und Migration, Thermoskanne mit Filterkaffee, Hände vor der Brust verschränkt, und sagt: „Das ist hier ein ganz kompliziertes Geschäft."

Trzeba ist Leiter des Flüchtlingslagers Nostorf-Horst, ein schmaler Mann mit scharf geschnittenem Mund und ovaler Brille. Das Geschäft, von dem er spricht, hat mit Ordnung zu tun, mit 25 Nationalitäten, die in seinem Lager aufeinanderprallen, mit Kontrolle und Abschiebung.

Er hat sich häufig rechtfertigen müssen in letzter Zeit, man hört das an seiner Stimme, die müde klingt und gereizt zugleich; man sieht das an seinem Gesicht, das sich spannt und selten weich wird, während er redet: Zeitungen schrieben über sein Lager, Politiker beschäftigten sich damit, Flüchtlingsorganisationen demonstrierten vor dem Tor, Worte wie „menschenunwürdig", „Isolation", „Knast" umkreisten ihn.

Trzeba schenkt sich Kaffee ein, draußen fällt schwer der Regen in den Innenhof, eine junge Afghanin schiebt dort ihr Neugeborenes, ein Romajunge in Badeschlappen schnürt vorbei. „Sie kommen hierher und haben die Bedingungen anzunehmen, die vorgegeben sind", sagt Trzeba. Man könne ja immer behaupten, jeder brauche ein eigenes Zimmer mit Toilette, „aber wo ist da die Grenze?"

Das Lager Nostorf-Horst liegt versteckt im Wald, in einer ehemaligen NVA-Kaserne, kurz hinter der alten DDR-Grenze. Früher marschierten hier Soldaten über den Hof, beauftragt, den einen deutschen Staat vor dem anderen zu schützen.

Heute sind es Männer wie Trzeba in Anzug und Hemd, Beamte der Asylbehörde, Wärter in Uniform. Sie bewachen die Grenze zwischen Wohlstand und Not, zwischen Reichtum und Armut, zwischen Lager und Traum. Sie sollen System in die Zuwanderung bringen, den Zuzug der Fremden kontrollieren, der Afghanen, Iraner, Kosovaren. Menschen wie Ali Reza, Schneider aus Afghanistan; Menschen wie Prince aus Ghana, 22 Jahre alt, der die Fußballspiele des FC St. Pauli liebt; Menschen wie Dschamschid aus Iran, der sich Zettel mit deutschen Wörtern an den Schrank klebt. Unterbringen, prüfen, abschieben. Die Bewohner nennen das Lager „Guantanamo".

Wie eine militärische Sperrzone durchschneiden die Zäune des Lagers die Elblandschaft. Knapp 450 Flüchtlinge leben hier, direkt gegenüber der Asylbehörde. Männer, Frauen, Kinder, zu viert auf etwa 16 Quadratmetern. Ein Spind, ein Stuhl, nicht mehr Platz als in einer Gefängniszelle. Wer raus- oder reinwill, muss sich beim Pförtner melden, Ausweis abgeben, niemand darf den Landkreis verlassen.

Flüchtlingslager Nostorf-Horst
„Menschenwürdig, absolut“

FOTOS: HARTMUT SCHWARZBACH / DER SPIEGEL

Asylbewerber Samadi
Unterbringen, prüfen, abschieben

Trzeba lehnt sich zurück in seinem Stuhl, „menschenwürdig“, sagt er, „absolut“.

Seit die Menschen aus den Kriegsgebieten Irak und Afghanistan flüchten; seit die Visumpflicht für Länder wie Serbien und Mazedonien aufgehoben wurde und die Zahlen der Asylbewerber in Deutschland wieder ansteigen, im vergangenen Jahr um 49,5 Prozent, wird wieder diskutiert, über eine angemessene Unterbringung, über Quadratmeterzahlen pro Person, über abschließbare Schränke und Essensqualität. Es geht um die Frage, wie viel Lager man einem Menschen zumuten kann. Und um die Frage, ob und wohin man die abschiebt, die man nicht haben will. Nach Griechenland etwa, so hat der Innenminister gerade entschieden, dürfe man Flüchtlinge nicht mehr zurückschicken, weil die dortigen Asylverfahren nicht menschenrechtskonform seien.

Es geht auch um zwei Weltanschauungen, die aufeinandertreffen. Um die Sicht der Asylbewerber, die sagen: Deutschland hat von allem so viel – Sicherheit, Wohlstand, Menschenrechte – genug, um etwas davon abzugeben. Und um die Sicht derer, die sagen: Deutschland kann Sicherheit und Wohlstand nur wahren, solange nur reingelassen wird, wer dem Land nützen kann. Alle anderen sollten zentral untergebracht werden, geduldet oder abgeschoben. Es sind Ansichten, die zwei Schlüsse zulassen: Entweder die Asylbewerber erwarten zu viel von diesem Land, oder Deutschland geht zu hart mit ihnen um.

Vor einigen Wochen verschafften sich die Asylbewerber Gehör, sie weigerten sich zu essen in ihren Heimen und Lagern in Augsburg, Böbrach, Denkendorf. Auch in Nostorf-Horst traten einige in den Hungerstreik, machten den Namen ihres Lagers bekannt und erinnerten die Deutschen daran, dass es sie gibt. Diese über 50 000 Asylbewerber, die reinwollen ins Sarrazinland, das gerade darüber streitet, wie man aus dem Strom der globalen Völkerwanderung die klügsten, besten und reichsten Migranten herausfischt.

In Nostorf-Horst hat Ali Reza Samadi, der Schneider aus Afghanistan, als Erster mit dem Hungern angefangen. Er lebt in einem von mehreren U-förmigen Gebäuden, grau-weiß gestrichen, auf einem langen, kalt beleuchteten Flur. Das Zimmer teilt er mit zwei anderen Männern, er schläft in einem Bett aus dunkelbraunem Metall, eine dünne Matratze darauf, was er besitzt, sind ein paar Kleider im Spind und die Hoffnung, die ihn manchmal hinausträgt über die Lagergrenzen.

Meist steht er am Zaun, er trägt Badeschlappen, Jeans und dunkle Schatten un-

ZUMA PRESS / EYEVINE

ILONA HABBEN / DER SPIEGEL

Flüchtlinge vor der türkischen Küste, Lagerleiter Trzeba, Bewohner Alef Shirzad: *Wer darf hier leben? Wie darf er hier leben? Wer soll zu dieser*

ter den Augen, ein Junge, der aussieht, als hätte er bereits ein Leben hinter sich. Am Eingang der Kantine drängen sich zur Mittagszeit Romafamilien, Kosovaren, Äthiopier, mit Bechern und Löffeln in der Hand. Aber Ali Reza will sich nicht mehr zum Essen anstellen, heute nicht und auch morgen nicht, seit sechs Tagen ist er im Hungerstreik, kein Brot isst er, keine Kartoffel, nichts.

„Somalia macht auch mit“, ruft ein Afghane über den Hof; Dschamschid, der Iraner, stellt sich am Zaun neben Ali auf, auch Alef aus Dschalalabad ist da, Prince aus Ghana, eine Weltgemeinschaft hinter Gittern. Die Wege, die sie nach Deutschland führten, sind so verschieden wie die Fluchtgründe, die sie den Beamten vortrugen: Bomben in Kandahar vertrieben Ali Reza, erzählte er. Eine Morddrohung zwang Prince aus Ghana, sich auf einem Containerschiff zu verstecken; Alef wurde von den Taliban der Spionage beschuldigt; die Islambehörde verfolgte Dschamschid in Iran, gab er an. Sie alle haben sich auf die Reise gemacht, um ein Leben in Sicherheit zu suchen.

Das Leben, das sie in Deutschland fanden, sei nicht besser als Knast, sagen sie.

„Warum ist jemand auf der Welt“, sagt Ali Reza, „wenn es nirgendwo einen Platz für ihn gibt?“ Die Frage nistet in ihm, frisst an ihm.

Drei Monate und 20 Tage ist es her, erzählt er, da kam er nach zwei Jahren Flucht und Versteck mit dem Bus nach Deutschland und dachte, jetzt fange seine Zukunft an. Er stand am Busbahnhof in Hamburg, einen Rucksack, ein paar Kleider und seine Vergangenheit dabei. Er wollte gern nach Deutschland kommen, sagt er, er fand das Land sympathisch, „bekannt für seine Menschenrechte“.

Er ging zur Hamburger Meldestelle für Asylbewerber. Die schickten ihn nach Nostorf-Horst, gaben ihm ein Ticket, setzten ihn in den Zug. Vor den Fenstern zog die Stadt vorbei, die Häuser verschwanden, Wiesen tauchten auf, Wälder.

Nostorf-Horst ist eine Zentrale Erstaufnahmestelle, rund 20 solcher Einrichtungen gibt es in Deutschland. Drei Monate müsse er bleiben, länger nicht, so übersetzte es ihm der Dolmetscher, als er seinen Asylantrag stellte. Er bekam eine Erstausstattung aus der Kleiderkammer, Unterwäsche, Badeschlappen, T-Shirt, die Uniform des Flüchtlings. Er richtete sich ein, auf den vier Quadratmetern, die für ihn vorgesehen waren, sah, dass es keinen Schlüssel gab, mit dem er die Tür abschließen konnte. Dass die Zimmernachbarn versuchten, Lebensmittel auf der Fensterbank zu kühlen. Und

Ein Spind, ein Stuhl, nicht mehr Platz als in einer Gefängniszelle.

er verstand, dass er 40,90 Euro bekommen würde, Geld, das für den ganzen Monat reichen musste.

Ali Reza erfuhr, dass viele länger hier waren als vorgesehen. Da war Alef aus Dschalalabad, ein Junge mit vernarbtem Gesicht und traurigen Augen, 22 Jahre alt, seit acht Monaten in Nostorf-Horst. Da war Prince aus Ghana, 22 Jahre alt, elf Monate da. Er hörte von anderen, die anderthalb Jahre im Lager leben mussten. Und mit jedem Tag und mit jeder Geschichte wurde Ali Reza hoffnungsloser.

Wolf-Christoph Trzeba weiß, wer Ali Reza ist, „aber von einem echten Hungerstreik weiß ich nichts“. Er führt durch die Flure. „Wir haben keine No-go-Areas hier“, sagt er. In den Fluren stehen Romafamilien herum, Kinder auf Socken kreuzen von Tür zu Tür. „Bei aller Enge gelingt es doch immer wieder, ein geordnetes Zusammenleben zu organisieren“, sagt Trzeba, „geordnet“, das sagt er gern.

Ein Tag im Lagerleben beginnt also früh, „geordnet“, um 7 Uhr aufstehen, dann einen Platz im Bad ergattern. Am Ende jedes Flures gibt es drei Räume, weiß gekachelt, Toiletten, Waschbecken, Duschen, schon vor den Türen stinkt es nach Urin. Mehrere Dutzend Menschen teilen sich die Bäder. Die Duschkabinen sind offen, in Nostorf-Horst darf sich nicht schämen, wer sauber werden will. „Afrikanern macht das nichts aus“, sagt der Betreiber der Duschkabinen, „nur der arabische Raum hat das nicht so gern“, für die gebe es noch Extraduschen.

Ab 7.30 Uhr wird das Frühstück ausgegeben, wer es verpasst, bekommt nichts mehr. Mehrere hundert Personen aus bis zu 25 Ländern stellen sich an der Ausgabestelle an. Vor der Tür bilden sich häufig Schlangen, wenn es schlecht laufe, so erzählen es die Flüchtlinge, müsse man bis zu einer Stunde warten. Manchmal komme es dann zu Streitereien. Wie neulich, als sich Somalier und Afghanen in die Quere kamen, sie hätten geschrien, dann hätten sie mit Messern aufeinander eingestochen.

Zum Frühstück bekommen die Bewohner Brot, Marmelade, Beuteltee. Dann geht es zurück aufs Zimmer, zurück ins Bett, die Wand anstarren, Zeit verbrennen. Die meisten Flüchtlinge im Lager sind jung, Anfang, Mitte zwanzig, auch einige schulpflichtige Kinder sind dabei. Sie sind in jener Phase ihres Lebens, in der sie lernen müssten, arbeiten, Familien gründen. Aber es gibt keine Schule, keine Aufgabe. Es ist, als wäre das Leben zu einem Wartezimmer geworden.

ILONA HABBEN / DER SPIEGEL

Gesellschaft gehören?

Wolf-Christoph Trzeba, der Leiter, sagt dazu, dass es einen Deutschkurs gebe, an dem die Bewohner teilnehmen können. Zweimal die Woche kommt ein Lehrer, von 13.30 bis 14.30 Uhr. Eine Stunde Unterricht für Hunderte Menschen.

Trzeba sagt auch, dass es einen Fitnessraum gebe. Ein paar Geräte zum Gewichteheben, in einem Raum mit Teppich, so groß wie ein Kinderzimmer, für Hunderte Menschen.

Er spricht von einem Zimmer voller Spielzeug, das Kindergarten heißt. Aber die Türen sind verschlossen. „Wir haben mehr als 130 Kinder“, sagt der Betreiber des Kindergartens, „um so viele können wir uns unmöglich kümmern“, deshalb bleibt der Kindergarten zu.

So kommt es, dass der Alltag im Lager vor allem durch die Kantinenzeiten bestimmt wird. Hinter der Ausgabestelle stehen zum Mittag rotwangige Frauen mit Helfermützen und Kellen, sie rufen „Kartoffeln“, „Ei“, „Fleisch“, die Worte klatschen den Wartenden entgegen, die Frauen füllen aus Alubottichen die Teller, reichlich. Das Abendessen wird um 17 Uhr ausgeteilt, wer danach Hunger hat, muss bis zum nächsten Morgen warten, einige Bewohner gehen deshalb gegen 19 Uhr ins Bett. Selbst kochen ist verboten.

Während des Hungerstreiks hielten sie bemalte Laken hoch, „Horst abschaffen“, „Wo bleibt Menschenrechte?“ Sie sprachen Paschtu, Dari, Englisch, riefen durch den Zaun, winkten mit Asylpapieren, manche zeigten ihre Kriegsverletzungen. Ein kleiner Aufstand, eine Demonstration ihrer Ratlosigkeit und Verzweiflung darüber, dass sie verpflegt und behütet in einem Lager leben statt in Freiheit.

„Nicht nachvollziehbar“, sagt Trzeba, „sie kommen ja nun mal zu uns, weil sie vorgeben, politisch verfolgt zu sein.“

Einem wie Ali Reza geht es um mehr als um ein Bett und ein warmes Essen. Er stammt aus Kandahar, jener Provinzhauptstadt im südlichen Afghanistan, die seit Jahren umkämpft ist von Taliban und Nato-Truppen. Immer wieder jagen sich dort Selbstmordattentäter in die Luft, verirrte Kugeln pfeifen durch die Gegend. „Wenn ich morgens aus dem Haus ging, wusste ich nicht, ob im nächsten Moment eine Bombe neben mir hochgeht“, sagt Ali Reza. Ein Freund von ihm sei vor seinen Augen bei einer Explosion gestorben.

Er lebte bei seiner Mutter, arbeitete als Schneider in einem kleinen Geschäft auf dem Markt. Dann kam der Krieg, sagt er, seine Stadt versank, es habe keine Arbeit mehr gegeben, keinen Alltag, nur noch Angst. Ali Reza beschloss zu fliehen.

Erst mit dem Bus bis zur iranischen Grenze, dann zu Fuß rüber. Er hatte einen Rucksack mit Kleidern dabei und 1500 Dollar für den Schlepper, 200 hatte er unter dem Etikett seiner Jacke eingenäht. Von der Stadt Urmija aus machten sie sich auf den Weg in die Berge in Richtung Türkei, 25 Menschen waren in der Gruppe, viele Kinder.

Der Schlepper habe ihn durchsucht, sagt Ali Reza, er fand das eingenähte Geld, stahl es ihm. „Hätte ich mich gewehrt, hätte der mich einfach zurückgelassen“, sagt er. Er habe viel an den Tod gedacht. Die Berge seien gefährlich, dort gebe es Bären, wer Pech habe, werde von der Grenzwache erschossen. Immer wieder höre man von Flüchtlingen, die entführt würden, seltsame Geschichten von Menschen, die einem Niere und Leber rausschneiden, um sie zu verkaufen.

Er strandete in Istanbul. Dort hauste er in einem Hinterzimmer, das er mit anderen Afghanen teilte. Ein halbes Jahr lang arbeitete er, machte Gelegenheitsjobs, 3500 Dollar fehlten ihm, um bis nach Italien zu kommen. Noch mehr würde er brauchen, um es bis nach Norwegen zu schaffen. Dort hat er Verwandte, Ali Reza hoffte, dass die ihm helfen würden.

Ali Reza ist einer von Zehntausenden Flüchtlingen, die im Jahr über die türkisch-griechische Grenze nach Europa gelangen. Fast 90 Prozent der illegalen Einwanderer kommen mittlerweile über Griechenland in die EU – Afghanen, Iraner und Nordafrikaner. Längst sind die griechischen Lager überfüllt, die Regierung plant einen Abwehrzaun zu bauen.

Ali Reza schaffte es bis nach Rom, dann weiter nach Frankreich. Er fuhr mit dem Zug, immer in der Angst, kontrolliert zu werden. Er erinnert sich, dass er sich am Hamburger Hauptbahnhof einen Döner leistete. Dann kämpfte er sich bis nach Oslo weiter und beantragte Asyl.

Er kam in ein Lager. „Das war ganz anders als hier in Horst“, sagt er. „Die gaben uns Töpfe zum Kochen, es fuhr ein Shuttle-Bus, jeder Flüchtling bekam monatlich 300 Euro.“ Ali Reza bekam Sprachunterricht, er lernte, lernte, lernte. Bald, sagt er, konnte er anderen Afghanen beim Übersetzen helfen. Nur in den Nächten pumpte die Angst durch seinen Körper, wenn die Polizei diejenigen holte, die abgeschoben werden sollten. Die ersten Monate ging alles gut. Dann, fast ein Jahr nach seiner Ankunft, wollten sie auch Ali Reza holen. Sein Asylantrag war abgelehnt worden. Diesmal trieb ihn die Angst nach Deutschland.

In Horst kämpfte er mit den Tagen, bis nach drei Monaten ein Beamter in seinem Zimmer stand und ihm einen gelben Ausweis in die Hand drückte. Jeder in Horst weiß, was das bedeutet. Gelb ist schlecht. Gelb bedeutet bis zu anderthalb Jahre Lager. So lange würden die Beamten versuchen, eine Zurückweisung des Flüchtlings Ali Reza Samadi nach Norwegen zu erwirken. Er ist ein Dublin-II-Fall, genannt nach jener EU-Verordnung aus dem Jahr 2003, die die Zuständigkeit für Asylverfahren auf den Mitgliedstaat schiebt, in den der Flüchtling zuerst eingereist ist. Weil Ali Reza bereits in Norwegen Asyl beantragt hat, kann Deutschland ihn zurückschicken. Deutschland schiebt zurzeit kaum nach Afghanistan ab, Norwegen schon. Die Überstellung wäre das Ende von Ali Rezas Reise.

Ali Reza wollte mit jemandem reden, wollte Antworten auf seine Fragen. Aber ihm fehlte die Sprache, ein Dolmetscher, da war niemand, der ihm das erklären konnte. Nach drei Monaten und 20 Tagen in Nostorf-Horst beschloss Ali Reza, das Essen einzustellen. „Wir wollen ja nicht viel“, sagt er, „selber leben, Deutsch lernen, Ärzte, kochen, uns wehren können.“

Fragt man Trzeba, warum so etwas in seinem Lager nicht möglich sei, sagt er, dass es in der Erstaufnahme nicht vorgesehen sei, dass der Asylbewerber größere

HARTMUT SCHWARZBACH / DER SPIEGEL

Lagerbewohner in Horst, Polizist: *„Manche verlassen das Bundesgebiet freiwillig, bei anderen bedarf es einer gewissen Unterstützung“*

Integrationsanstrengungen vornehme. „Der Asylbewerber ist ja nicht hier, um Kontakte zu schließen, sondern um sein Verfahren voranzutreiben“, was anderes habe der Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Wer abgeschoben werden soll, bekommt einen Brief, in dem steht, dass er zwei Wochen Zeit habe, sich einen Anwalt zu suchen und Einspruch einzulegen. Die meisten scheitern schon an diesem einen Satz, und auch wenn sie ihn verstehen würden: Woher sollten sie sich einen Anwalt nehmen? In die Stadt zu fahren, nach Hamburg, wo es Hilfe gäbe, vom Flüchtlingsrat oder den Ehrenamtlichen vom Café Exil, ist verboten. Wer den Landkreis verlässt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Zweimal in der Woche ist eine unabhängige Anwältin im Lager. Eine Frau für 450 Bewohner.

Nachts kommen Beamte und holen die Aussortierten aus ihren Betten, um sie zum Flughafen zu bringen. Vollziehung der Abschiebung heißt das in Trzebas Sprache. „Manche verlassen das Bundesgebiet freiwillig“, sagt er, „bei anderen bedarf es einer gewissen Unterstützung.“

Wenn man ihn danach fragt, was anders laufen müsste in seinem Lager, sagt Trzeba: „Es ist nicht beabsichtigt, die Umstände zu ändern, weil die Umstände nicht änderungsbedürftig sind.“ Er führt nur aus, was ihm vorgegeben ist, er sieht nur, was politisch gewollt ist: ein Lager so zu organisieren, dass bei seinen Insassen die Sehnsucht wächst, dorthin zurückzukehren, wo sie hergekommen sind.

Es war anders gedacht, als nach der Nazi-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg im Grundgesetz formuliert wurde: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, so stand es im Artikel 16, Absatz 2. In Deutschland war das Recht auf Asyl gesetzlich verankert wie wohl in keinem anderen Land. Asyl sollte kein Gnadenakt sein, sondern ein Rechtsanspruch, und dieser Anspruch ist heute Grund für lange Asylverfahren.

Solange vor allem Flüchtlinge aus den sozialistischen Staaten kamen, war das Asylrecht unumstritten. Mitte der Achtziger Jahre begannen die Zahlen stark zu steigen, und es waren nicht mehr nur „politisch Verfolgte“, so wie im Grundgesetz vorgesehen, sondern Menschen aus allen Krisenregionen der Welt – Armutsflüchtlinge, Klimaflüchtlinge, Wirtschaftsmigranten, für die das Asylrecht nicht gemacht war. 1985 waren es bereits 55 000 Menschen, die in Deutschland Asyl beantragten, 1991 schon 256 000 Asylbewerber. Und je mehr kamen, desto weniger wurden anerkannt.

„Warum ist jemand auf der Welt, wenn es nirgendwo einen Platz für ihn gibt?“

1993 wurde das Asylrecht überarbeitet, wer über einen „sicheren Drittstaat“ einreist, so hieß es, muss dorthin wieder zurück. Sammellager wurden eingerichtet, auch zur Abschreckung. Die Zahlen gingen zurück, die Anerkennungsquoten auch. 2010 stiegen die Zahlen zum ersten Mal seit Jahren wieder stark an, was unter anderem daran liegt, dass Visumpflichten für einige osteuropäische Staaten weggefallen sind. Serben, Montenegriner und Mazedonier durften ohne Visum in die Schengenländer einreisen, und viele nutzten die Reisefreiheit, um in Deutschland Asyl zu beantragen. Im November drohte die EU damit, die Visumfreiheit wiederaufzuheben – in den vergangenen zwei Monaten wurden daraufhin wieder weniger Anträge gestellt.

Dennoch gab es im Jahr 2010 eineinhalbmal so viele Neuanträge wie 2009, mehr als 41 000 insgesamt. Und die alten Fragen sind wieder da: Wer darf hier leben? Wie darf er hier leben? Wer soll zu dieser Gesellschaft gehören?

Wenige Wochen nach dem Hungerstreik wurden viele aus Horst entlassen. Prince aus Ghana durfte nach 12 Monaten im Lager nach Parchim. Alis Freund Dschamschid aus Iran wurde nach Wismar verlegt. Er hat täglich Deutsch gelernt seitdem. „Alles im grünen Bereich“, sagt er, wenn man ihn nach seinem neuen Leben fragt. Alef aus Dschalalabad bekam seinen Abschiebebescheid. Dutzende wurden auf andere Einrichtungen verteilt. Nur Ali Reza musste bleiben.

An einem verschneiten Dezembertag stand in Hamburg ein Flugzeug bereit. Er sollte nach Norwegen abgeschoben werden und von dort zurück nach Afghanistan. Eine Anwältin, die ihm der Flüchtlingsrat besorgt hatte, überbrachte ihm die Nachricht. Daraufhin sackte Ali Reza zusammen. Er wurde in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, als nicht transportfähig, als suizidgefährdet und schwer depressiv. „Ich will lieber sterben, als zurückzugehen“, sagt er.

In seinem Bett in Horst schläft jetzt ein junger Iraner. Er hat fünf Jahre im englischen Plymouth gelebt, hat gearbeitet und Musikfestivals besucht. Vor ein paar Wochen sollte er abgeschoben werden und musste aus England verschwinden. ◆